

**einfach
POLITIK:**

Europa

Ein Heft über die Europäische Union



Heft in einfacher Sprache



Vorwort

In Europa gibt es eine besondere Gemeinschaft:
die **Europäische Union**. Man kann auch EU sagen.
Die EU besteht aus Staaten und ihren Bürgern und Bürgerinnen.

Die Staaten haben eigene Regierungen.
In jedem EU-Staat gibt es eigene Regeln und Gesetze.
Sie gelten nur in einem Staat, zum Beispiel in Deutschland.

Aber über vieles, was für die Bürger und Bürgerinnen wichtig ist,
entscheidet die Gemeinschaft der Staaten.

Das heißt: Es entscheidet die EU.

Die EU entscheidet zum Beispiel

- über die Sicherheit im Luftverkehr
- oder über Gesundheitsvorschriften bei Lebensmitteln.

Die Regeln gelten dann in der ganzen EU.

Das hat Vorteile für die Bürger und Bürgerinnen, zum Beispiel

- beim Reisen
- oder beim Kaufen und Verkaufen von Lebensmitteln.

Vor allem gibt es seit über 70 Jahren Frieden zwischen den Ländern der EU.

So können die Bürger und Bürgerinnen in Sicherheit leben.

Manchmal ist die Zusammenarbeit in der EU aber auch kompliziert.
Es gibt zum Beispiel Streit, für was die EU Geld ausgeben soll.

Eine Einigung ist manchmal schwierig und dauert lange.

Dieses Heft erklärt die EU, ihre Vorteile und ihre Schwierigkeiten.

Inhalt

1. Europa und die Europäische Union

Seite 5

Europa
Die Europäische Union
Zusammenarbeit in der Wirtschaft
Frieden
Zeichen der Europäischen Union
Die Flagge der EU
Die Hymne der EU
Das Motto der EU
Mitglieder der Europäischen Union
Wer darf Mitglied der EU werden?

2. Was macht die Europäische Union?


Seite 22

Freizügigkeit und Reisefreiheit
Gemeinsamer Markt
Gemeinsame Währung
Gemeinsame Außenpolitik
Gemeinsame Unterstützung für die Ukraine

3. Wer entscheidet in der EU?

Seite 36

Der Europäische Rat
Der Rat der Europäischen Union
Das Europäische Parlament
Die Europäische Kommission
Überblick: die wichtigsten Einrichtungen der EU



**Tipps zum Lesen
des Heftes finden
Sie hinten im Heft
auf Seite 46.**

1. Europa und die Europäische Union

Europa

Europa ist ein Erdteil.

Es gibt fünf Erdteile: Afrika, Amerika, Asien, Australien und Europa.

In Europa gibt es ungefähr 50 Länder.

Zu dem Erdteil Europa gehören zum Beispiel die Länder

Frankreich, Italien, Norwegen,

die Schweiz und die Ukraine.

Auch Deutschland gehört zu Europa.

Die Länder in Europa unterscheiden sich.

Sie haben andere Sprachen.

Es gibt anderes Essen

und die Länder feiern andere Feste.

Die Länder sind sich aber auch ähnlich.

Manche Länder haben die gleiche Sprache.

Manche haben ähnliches Essen

oder feiern die gleichen Feste.

Viele Länder gehörten früher zusammen.

Zum Beispiel:

Kaiser Karl der Große herrschte über das Frankenreich.

Aus dem Frankenreich entstanden später die Länder

Belgien, Deutschland, Frankreich,

Luxemburg, die Niederlande,

und Österreich.



In Europa gab es auch viele Kriege.

Die beiden größten Kriege waren der 1. und der 2. Weltkrieg.

Nach dem 2. Weltkrieg wollten Menschen in Europa Frieden.

Manche hatten die Idee, dass die Länder
und ihre Regierungen eng zusammenarbeiten sollten.

Das sollte Krieg vermeiden.

Aus dieser Idee ist dann die **Europäische Union** entstanden.

Um die Europäische Union geht es in diesem Heft.



→ **So ist die Europäische Union entstanden:**

Die Staaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg
und die Niederlande haben einen Vertrag geschlossen.

In dem Vertrag haben die Staaten vereinbart:

Wir wollen beim Handeln von Kohle und Stahl
gemeinsame Regeln beschließen.

Deswegen haben sich die Minister und Ministerinnen
der Staaten getroffen.

Später arbeiteten die Staaten immer mehr zusammen:

Sie arbeiten zum Beispiel bei der Landwirtschaft, beim Flugverkehr,
bei Grenzkontrollen und bei vielem mehr zusammen.

Die erste Gemeinschaft in Europa war die
„Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“.

Später entstand die „Europäische Union“.



Unterzeichnung des Gründungsvertrags für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 19.03.1951.

Die Europäische Union

Deutschland ist ein Staat.

Der offizielle Name ist **Bundesrepublik Deutschland**.

Frankreich und Italien sind auch Staaten.

Frankreich, Deutschland, Italien und andere Staaten in Europa haben sich zusammengeschlossen.

Der Zusammenschluss der Staaten in Europa heißt **Europäische Union**.

Man kann auch **EU** sagen.

Der Zusammenschluss hat Vorteile für die Staaten.

Durch die Zusammenarbeit können sie Probleme besser lösen und gemeinsam Ziele besser erreichen.

Die EU ist wie eine Baustelle,

auf der Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen arbeiten.

Ein Bauarbeiter kann alleine auf der Baustelle arbeiten.

Wenn aber viele zusammenarbeiten, schaffen sie gemeinsam mehr.

Sie können zum Beispiel gemeinsam schwere Sachen tragen.

Viele Aufgaben auf der Baustelle funktionieren gemeinsam besser.

Auch die Staaten der EU wollen zusammenarbeiten, damit es ihnen besser geht.

Der Zusammenschluss hilft den Staaten

und den Bürgern und Bürgerinnen, die dort leben.

Sie haben deshalb gemeinsame Ziele vereinbart.

Sie wollen zum Beispiel den Frieden sichern

und in der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Zusammenarbeit in der Wirtschaft

Zur **Wirtschaft** gehören zum Beispiel:

- Fabriken, in denen Dinge hergestellt werden,
- Geschäfte, in denen Dinge gekauft oder verkauft werden,
- und die Menschen, die diese Dinge kaufen.

In den Staaten der EU müssen zum Beispiel alle Fabriken, die Maschinen, Spielzeug oder Lebensmittel herstellen, die gleichen Regeln beachten.

Das macht es für Fabriken einfacher und billiger.

Sie können die gleichen Waren für alle Länder der EU herstellen.

Es gibt in der EU auch Regeln zum Schutz der Gesundheit von Menschen.

Solche Regeln in der EU heißen Verordnungen und Richtlinien.

→ **Zum Beispiel gibt es diese Regeln für Lebensmittel:**

In Lebensmitteln sind oft Zusatzstoffe.

Sie sind für den Geschmack oder das Aussehen von Lebensmitteln. Zusatzstoffe sorgen zum Beispiel dafür, dass man Margarine gut verstreichen kann oder Käsescheiben nicht aneinanderkleben.

In der EU sind in allen Staaten nur bestimmte Zusatzstoffe erlaubt. Stoffe in den Lebensmitteln sollen Menschen nicht krank machen.

Auf allen verpackten Lebensmitteln müssen die Zutaten stehen. Manche Menschen haben Allergien, zum Beispiel gegen Nüsse. Stoffe, gegen die viele Menschen allergisch sind, müssen auch auf der Verpackung stehen.

Solche Regeln schützen die Menschen, die Lebensmittel kaufen.

Viele Menschen haben einen Vorteil davon,
dass die EU-Staaten eng zusammenarbeiten:

- Fabriken und Händler haben zum Beispiel einen Vorteil.
Die Dinge können billiger hergestellt und verkauft werden.
- Auch Menschen, die Arbeit suchen, haben einen Vorteil:
In den Fabriken und bei den Händlern finden sie leichter eine Arbeit.

So haben viele Menschen in Europa durch die EU mehr **Wohlstand**.
Wohlstand bedeutet: Die Menschen haben, was sie zum Leben brauchen,
zum Beispiel genug Nahrung, eine Wohnung und Geld für Freizeit.

→ **Ärmere und reichere Staaten:**

Die Staaten geben Geld für die Arbeit der EU.

Mit diesem Geld unterstützt die EU zum Beispiel

- neue Ideen in der Wirtschaft oder im Umweltschutz
- oder den Bau von Schienen und Straßen.

Reichere Staaten wie Deutschland zahlen mehr Geld
an die EU als ärmere.

Ärmere Staaten bekommen mehr Geld von der EU als reiche.

Manche Menschen in Deutschland oder anderen EU-Staaten sagen:

„Deutschland sollte ärmeren Staaten in der EU mehr Geld geben.

Wenn es allen Staaten in der EU gut geht,
dann haben auch viele Menschen Arbeit.

Und die Menschen kaufen Waren aus Deutschland.

Das nützt dann auch Deutschland.“

Andere Menschen sagen:

„Wir wollen nicht so viel Geld für die EU ausgeben.

Jeder Staat soll selbst für sich sorgen.“

Es gibt also unterschiedliche Meinungen in Deutschland und in der EU.

Frieden

Im Frieden reden Menschen miteinander,
wenn sie verschiedene Meinungen haben.

Sie kämpfen nicht mit Waffen.

Krieg bedeutet: Menschen kämpfen mit Waffen. Viele Menschen sterben.

Krieg bedeutet auch, dass viele Städte zerstört werden.

Ein großer Krieg in Europa war der 2. Weltkrieg.

Der 2. Weltkrieg war 1945 zu Ende.

Im 2. Weltkrieg sind über 60 Millionen Menschen gestorben.

Viele Städte in Europa wurden zerstört.



Geflüchtete ziehen nach Kriegsende 1945 durch die zerstörten Straßen von Berlin.

In den Staaten Europas dachten viele Menschen:
„So etwas soll **nie wieder** passieren.“

Das war ein wichtiger Grund,
warum sich mehrere europäische Staaten zusammengeschlossen haben.
Die ersten Staaten waren: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien,
Luxemburg und die Niederlande.
Heute gehören 27 Staaten zu der EU.

Noch nie gab es zwischen diesen Staaten eine so lange Zeit Frieden.

Seit über 70 Jahren ist Frieden zwischen den EU-Staaten.
Aber schon in der Nachbarschaft der EU sterben Menschen durch Waffen.
Zum Beispiel in der Ukraine. Mehr dazu auf Seite 33.

Ein anderer wichtiger Grund für den Zusammenschluss der EU-Staaten war:
Die Staaten wollten in der Wirtschaft enger zusammenarbeiten.

Heute arbeiten die EU-Staaten sehr eng in der Wirtschaft zusammen.
Viele Sachen, die in Deutschland hergestellt werden,
werden in andere EU-Staaten verkauft, zum Beispiel nach Italien oder Polen.

Auch in Deutschland werden Sachen verkauft,
die in anderen EU-Staaten hergestellt wurden.

Manche Menschen aus Deutschland arbeiten in anderen EU-Staaten.
Manche Menschen aus anderen EU-Staaten arbeiten in Deutschland.

In der Wirtschaft und beim Zusammenleben der Menschen
sind so die Staaten eng miteinander verbunden.

Auch deshalb halten die EU-Staaten Frieden untereinander.



Studenten und Studentinnen aus unterschiedlichen europäischen Ländern demonstrieren. Sie setzen sich für den Austausch zwischen den Ländern ein.

Zeichen der Europäischen Union

Die Flagge der EU

Es gibt eine **Flagge** für Europa.

Diese Flagge ist auch ein Zeichen für die EU.

Die Flagge hat 12 Sterne.

Die Zahl der Sterne hat nichts damit zu tun,
wie viele Staaten in der EU sind.

Auf der Flagge ist die Zahl 12 ein Zeichen für Einheit.

Dieser Kreis aus Sternen heißt:

Europa gehört zusammen.

Die Staaten und Menschen der EU sind eine Einheit.

Einheit bedeutet:

Sie gehören zusammen. Sie unterstützen einander.

Die Hymne der EU

Die EU hat auch eine **Hymne**. Eine Hymne ist ein Lied.

Jedes Land hat eine Nationalhymne.

Die wird zum Beispiel vor Länderspielen im Fußball gespielt.

Auch ein Verein kann eine Hymne haben.

Die Hymne der EU ist von Ludwig van Beethoven.

Beethoven war ein deutscher Komponist.

Der Text ist von Friedrich Schiller, einem deutschen Dichter.

Die Hymne heißt: „Freude schöner Götterfunken“ oder auch
„Ode an die Freude“.

Auch in dem Text der Hymne geht es um die Einheit zwischen Menschen.

Das Motto der EU

Ein Motto ist ein meist kurzer Satz.

Ein Motto fasst einen wichtigen Gedanken zusammen.

Das Motto der EU ist „**In Vielfalt geeint**“:

Vielfalt bedeutet:

- Die Menschen in der EU sind unterschiedlich.
- Die Menschen in der EU sprechen unterschiedliche Sprachen.
- Die Menschen in der EU haben unterschiedliche Kulturen oder Traditionen.

Das nennt man Vielfalt. Die Vielfalt in Europa soll bleiben.

Geeint bedeutet: zusammengehören.

Die Menschen in der EU gehören zusammen, obwohl sie unterschiedlich sind.

Die Menschen gehören zu unterschiedlichen Staaten und sprechen unterschiedliche Sprachen.

Sie haben unterschiedliche Feiertage oder mögen unterschiedliches Essen.

Zusammen können sie aber mehr erreichen.

Deshalb heißt das Motto: „In Vielfalt geeint“.



Die Mitglieder der Europäischen Union



Mitglieder der EU im Jahr 2024. Staaten, die Mitglieder der EU sind, sind auf der Karte blau dargestellt.

Staaten, die Teil der EU sind, nennt man **EU-Mitgliedstaaten**.

→ **Folgende Staaten und ihre Bürger und Bürgerinnen gehören zur EU:**

- Belgien
- Bulgarien
- Dänemark
- Deutschland
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Irland
- Italien
- Kroatien
- Lettland
- Litauen
- Luxemburg
- Malta
- Niederlande
- Österreich
- Polen
- Portugal
- Rumänien
- Schweden
- Slowakei
- Slowenien
- Spanien
- Tschechien
- Ungarn
- Zypern

Die Zahl der Mitglieder der EU ist nicht für immer festgelegt.
Im Jahr 2024 hat die EU 27 Mitglieder.

Einige andere europäische Staaten wollen auch Mitglied der EU werden.
Gründe dafür sind, dass die Staaten auch die Vorteile der EU wollen,
zum Beispiel den Wohlstand.

Die EU spricht mit acht Staaten darüber,
ob diese Staaten Mitglieder der EU werden können.

Diese Staaten nennt man Beitrittskandidaten. Albanien, Serbien
und die Ukraine gehören zum Beispiel zu den Beitrittskandidaten.

Einigungen in der EU mit 27 Staaten dauern oft sehr lange.

Wenn noch mehr Staaten dazu kommen, muss die EU überlegen:

Was müssen wir ändern, damit wir auch weiter gut entscheiden können?

Einigungen mit noch mehr Staaten dauern vielleicht noch länger.

Wer darf Mitglied der EU werden?

Jeder Staat in Europa kann Mitglied der EU werden.
Aber dazu muss er einige Bedingungen erfüllen.
Diese Bedingungen hat die EU beschlossen.

Wenn ein Staat Mitglied in der EU werden will,
muss er **demokratisch** sein.



→ **Zu einem demokratischen Staat gehören freie Wahlen:**

Bei Wahlen treffen die Bürger und Bürgerinnen Entscheidungen in einem Staat.

In Deutschland gibt es zum Beispiel die Bundestagswahlen.

Bei der Bundestagswahl werden Personen in den Bundestag gewählt.

Diese Personen im Bundestag heißen Abgeordnete.

Sie entscheiden für die Bürger und Bürgerinnen.

Man kann auch sagen: Sie vertreten die Bürger und Bürgerinnen.

Die Abgeordneten wählen zum Beispiel den Bundeskanzler.

Und sie stimmen über Gesetze ab.

Demokratische Wahlen müssen frei sein.

Das bedeutet: Bürger und Bürgerinnen dürfen frei entscheiden, welche Partei und welche Person sie wählen möchten.

Niemand wird bedroht, egal, welche Partei er oder sie wählt.

Alle Parteien und Personen dürfen vor einer Wahl

Werbung für sich machen.

Auch Parteien, die nicht zur Regierung gehören, dürfen Werbung machen.

Die Zeitungen, das Fernsehen, das Radio und das Internet dürfen über alle Parteien und Personen berichten.

In der Demokratie ist die Mehrheit wichtig.
Mehrheit bedeutet, dass die meisten Menschen
bei einer Abstimmung einer Sache zustimmen.

Die Mehrheit kann aber zum Beispiel auch eine Partei wählen,
die undemokratisch ist.

Dann kann der Staat auch undemokratisch werden.

Es kann in einem Staat geschehen,

- dass Bürger und Bürgerinnen Nachteile haben,
weil sie eine andere Meinung haben als die Regierung,
- oder dass die Polizei sich nicht an die Gesetze hält
und zum Beispiel jemanden verhaftet,
weil er anderer Meinung ist als die Regierung.

Dann ist dieser Staat nicht mehr demokratisch.



→ **Zu einem demokratischen Staat gehört also auch:**

Bürger und Bürgerinnen werden gleichbehandelt.

Sie dürfen zum Beispiel keine Nachteile haben,

- wenn sie anderer Meinung sind als die Regierung,
- wenn sie eine andere Religion haben als die Mehrheit,
- wenn sie, ihre Eltern oder ihre Großeltern
in einem anderen Land geboren wurden
- oder wenn sie eine andere Sexualität haben als die Mehrheit,
zum Beispiel weil sie schwul oder lesbisch sind.

Bürger und Bürgerinnen dürfen auch Parteien oder Personen wählen,
die gegen die Regierung sind.

So kann die Regierung wechseln.

Alle Staaten der EU müssen nicht nur demokratisch,
sondern auch **rechtsstaatlich** sein.

→ **Rechtsstaatlichkeit bedeutet:**

Die Regierung muss sich an die Gesetze halten.
Auch zum Beispiel die Polizei oder alle Behörden
müssen sich an die Gesetze halten.

In einem Rechtsstaat gibt es Gerichte,
bei denen niemand den Richtern und Richterinnen vorschreiben darf,
wie sie entscheiden sollen.

Das nennt man **unabhängige Gerichte**.

Kein Richter oder keine Richterin wird entlassen,
nur weil er oder sie anderer Meinung ist als die Regierung.

In manchen Staaten werden nur Menschen Richter und Richterin,
die die gleiche Meinung wie die Regierung haben.
Das ist nicht rechtsstaatlich.

In einem Rechtsstaat können sich die Bürger und Bürgerinnen
darauf verlassen:

- Vor dem Gesetz sind alle gleich.
- Auch Gerichte behandeln die Menschen gleich.



Staaten dürfen nur Mitglied der EU werden,
wenn sie die **Menschenrechte** beachten.

Die Regierungen und zum Beispiel die Polizei
müssen die Menschenrechte beachten.

Zu den Menschenrechten gehört zum Beispiel:

- Niemand darf gefoltert werden.
- Niemand darf in ein Land geschickt werden, in dem ihm Folter droht.

Zu den Menschenrechten gehört zum Beispiel auch die Meinungsfreiheit.

Jede Person hat das Recht, ihre Meinung öffentlich zu sagen.

Auch dann, wenn sie eine andere Meinung als die Regierung hat.

Auch in Zeitungen dürfen Dinge stehen,

die gegen die Meinung der Regierung sind.

Oder im Radio dürfen Menschen ihre Meinung öffentlich sagen.

Ein Staat ist nicht nur undemokratisch, wenn Wahlen verboten werden.

Eine Regierung kann die Demokratie auch langsam abschaffen.

Zum Beispiel, wenn nur noch über die Meinung berichtet werden kann, die die Regierung hat.

Dann kann man sich nicht über andere Meinungen informieren.

In der EU wird darüber diskutiert, was passiert,

wenn sich ein Mitglied nicht mehr an demokratische Regeln hält.

Zum Beispiel gibt es die Möglichkeit,

dass der Staat dann kein Geld mehr von der EU bekommt.

Staaten, die Mitglied der EU werden wollen,

müssen noch viele andere Regeln der EU beachten.

Denn alle Regeln der EU müssen dann in dem Staat gelten.

Zum Beispiel die Regeln für Lebensmittel.

Die Staaten müssen auch die Regeln

für den Handel und das Arbeiten in der EU beachten.

2. Was macht die Europäische Union?

In der EU wird nicht alles gemeinsam entschieden.

Manche Dinge entscheidet jeder EU-Staat selbst.



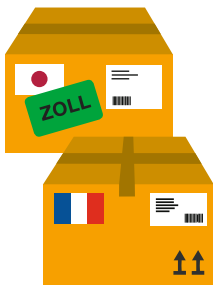
Der Staat kann zum Beispiel bei der Verteidigung selbst entscheiden.



Auch Entscheidungen über Feiertage kann ein Staat selbst treffen.

Der 3. Oktober ist der Tag der Deutschen Einheit.
Der 3. Oktober ist nur in Deutschland ein Feiertag.
Über den Feiertag hat Deutschland alleine entschieden.

Andere Dinge entscheidet die EU.



Die EU entscheidet zum Beispiel über die Höhe der Zölle: Händler verkaufen ihre Waren oft in andere Staaten. Oder die Händler bringen Waren in andere Staaten, die diese Waren brauchen.

Zum Beispiel bringt ein Händler Autoteile in einen Staat, damit dort Autos hergestellt werden können.

Dafür müssen die Händler oft Geld an den Staat zahlen. Dieses Geld heißt Zoll.

Innerhalb der EU muss kein Zoll gezahlt werden.

Das heißt: Nur für Waren aus Staaten, die nicht zur EU gehören, müssen Zölle gezahlt werden.



Auch über die Sicherheit im Flugverkehr entscheiden die EU-Staaten gemeinsam. Jeder Staat muss sich an die gemeinsamen Regeln halten.

In manchen Bereichen gibt es auch eine geteilte Zuständigkeit.



Dann kann die EU Gesetze machen. Auch die EU-Staaten können für ihr Land Gesetze machen, wenn diese strenger sind als die Gesetze der EU. Dazu gehören zum Beispiel Regeln über Lebensmittel. Diese Regeln schützen Menschen, die die Lebensmittel verbrauchen.



Die EU hat auch Regeln beschlossen, die Handynutzer und Handynutzerinnen schützen: Wer in einem anderen Land der EU mit seinem Handy telefoniert, der braucht nicht mehr zu bezahlen als in seinem Land. Stellen Sie sich vor, Sie machen in Spanien Urlaub. Sie wollen aus Ihrem Urlaub in Spanien nach Deutschland telefonieren. Sie zahlen dann genauso viel wie in Deutschland.

Manchmal sind die EU und die EU-Staaten beide zuständig.
Dann ist es schwer zu entscheiden, wer bestimmen soll.

- Soll die EU bestimmen?
- Oder soll ein Staat allein bestimmen?

Dafür gibt es eine Regel.

Sie heißt **Subsidiaritätsprinzip**.

Subsidiarität kommt von einem lateinischen Wort.

Das heißt übersetzt: Hilfe, Unterstützung.

Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet:

Es wird nur dann in der EU entschieden,
wenn dies Vorteile hat.

Zum Beispiel, weil die EU-Staaten zusammen mehr erreichen können:

Zum Beispiel in der Umweltpolitik sind EU und EU-Staaten
gemeinsam zuständig.

Hier können die EU-Staaten zum Beispiel bei der
Vermeidung von **Plastikmüll** gemeinsam mehr erreichen.

→ **Vermeidung von Plastikmüll:**

Viele Dinge sind aus Plastik hergestellt oder in Plastik verpackt.

Plastikmüll in der Natur schadet der Umwelt und den Tieren.

Plastikmüll verschmutzt die Gewässer.

Winzige Plastikteilchen sind überall auf der Welt verteilt.

Sie wurden sogar in der Antarktis gefunden.

Die Menschen in Europa benutzen viel Plastik.

Es reicht nicht, wenn nur in einem Staat die Menschen weniger
Plastik nutzen.

Alle Staaten müssen Plastik vermeiden.

Deshalb hat die EU Regeln für die Vermeidung von Plastikmüll gemacht:

- Alle Staaten der EU müssen den Verkauf von Trinkhalmen aus Plastik in der EU verbieten.
Seit 2021 ist deshalb der Verkauf von Trinkhalmen aus Plastik in Deutschland verboten.
- Manches Geschirr oder Besteck aus Plastik kann man nur einmal benutzen.
Auch der Verkauf von diesem Geschirr oder Besteck ist seit 2021 verboten.
- In der EU gibt es schon länger Regeln dafür, dass weniger Plastiktüten benutzt werden.

Jeder Staat in der EU muss sich an diese Regeln halten.

- Deutschland kontrolliert zum Beispiel, dass keine Trinkhalme oder Becher aus Plastik nach Deutschland geliefert werden.
- Seit 2022 gibt es in deutschen Supermärkten keine Plastiktüten mehr an den Kassen.

Durch diese Regeln wird in allen Staaten der EU Plastikmüll vermieden.



Freizügigkeit und Reisefreiheit



EU-Bürger und Bürgerinnen dürfen überall in der EU arbeiten.

Eine Ärztin aus Polen kann in Deutschland arbeiten.

Eine Köchin aus Deutschland kann auf Mallorca ein Restaurant eröffnen.

Oder ein Tischler aus Deutschland kann in Österreich arbeiten.

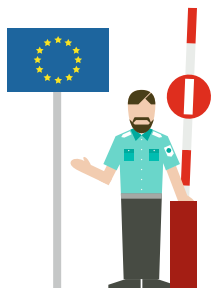
Bürger und Bürgerinnen der EU können also überall in der EU arbeiten, wo sie eine Arbeit finden.



EU-Bürger und Bürgerinnen können überall in der EU wohnen, wo es ihnen gefällt.

Das nennt man **Freizügigkeit**.

Freizügigkeit ist ein Begriff, der im Gesetz steht.



Auch an den Grenzen muss man nicht mehr seinen Personalausweis oder Reisepass zeigen.

Die EU-Staaten haben die meisten Kontrollen abgeschafft.

Das nennt man **Reisefreiheit**.

Das macht den Urlaub in anderen Ländern einfacher.

Auch das Arbeiten und Wohnen in anderen EU-Staaten ist leichter geworden,

weil es keine Grenzkontrollen mehr gibt.

Weltweit sind viele **Menschen auf der Flucht**.

Auch in die EU wollen viele Menschen einwandern.

Deshalb kontrollieren manche EU-Staaten wieder Grenzen zu einigen EU-Staaten.

→ **Menschen auf der Flucht:**

2023 waren weltweit ungefähr 110 Millionen Menschen auf der Flucht. Flüchtlinge möchten ihre Heimat nicht verlassen. Sie sehen aber keine andere Möglichkeit.

Menschen fliehen zum Beispiel,

- weil in ihrer Heimat Krieg ist,
- wegen Armut und Hunger,
- wegen Naturkatastrophen,
- weil sie in ihrer Heimat wegen ihrer Hautfarbe oder wegen ihres Geschlechtes, ihrer politischen Ansicht oder ihrer Religion verfolgt werden.

Über die Hälfte der Menschen fliehen innerhalb ihres Landes.

Flucht gibt es auf der ganzen Welt.

Durch Flucht gibt es auch Probleme.

Kein Land kann diese Probleme alleine lösen.

Auch die EU kann diese Probleme nicht alleine lösen.

Aber die EU-Staaten können manche Probleme zusammen besser lösen als alleine.

Für Flucht gibt es keine einfachen Lösungen.

Wer sagt: „Wir nehmen alle Flüchtlinge auf“, denkt nicht an alle Teile der Probleme.

Wer sagt: „Wie nehmen keine Flüchtlinge auf“, denkt auch nicht an alle Teile der Probleme.

Glauben Sie niemandem, der einfache Lösungen verspricht.



Gemeinsamer Markt

Der Markt ist der Ort, an dem mit Waren gehandelt wird.

Ein Beispiel für einen Markt ist der Wochenmarkt.

Auf jedem Wochenmarkt gibt es andere Regeln.

Zum Beispiel gibt es Regeln darüber,
wann die Verkaufsstände abgebaut sein müssen.

Waren können auch von einem Staat in den anderen verkauft werden,
zum Beispiel Autos aus Deutschland in die USA.

Die USA haben aber ganz andere Regeln für das Verkaufen von Autos.

Deswegen sagt man: Die USA sind ein eigener Markt.

Wer zum Beispiel Autos in die USA verkaufen will,
der muss die Regeln für das Verkaufen in den USA kennen.

In der ganzen EU gelten die gleichen Regeln für das Kaufen, Verkaufen
und Herstellen von Waren.

Alle Staaten der EU haben die gleichen Regeln.

Deshalb ist die EU ein gemeinsamer Markt.

Den gemeinsamen Markt der EU nennt man Binnenmarkt.

„Binnen“ heißt „**innerhalb**“.

Das gehört alles zum EU-Binnenmarkt:



Waren können von einem EU-Staat in den anderen transportiert werden.

LKWs werden innerhalb der EU an den Grenzen meistens nicht kontrolliert.



Händler müssen innerhalb der EU keinen Zoll zahlen.

Wenn China Waren in die EU verkaufen will,
gelten in jedem EU-Staat die gleichen Zölle.



Firmen können in allen EU-Staaten arbeiten.

Zum Beispiel wenn eine Person ein Haus bauen will, kann sie sich die Baufirma überall in der EU aussuchen.

Alle Bürger und Bürgerinnen der EU können überall in der EU arbeiten, wo sie Arbeit finden.

Sie können auch überall in der EU wohnen, wo sie wollen.



Sie können Apfelsaft aus Polen kaufen.

Auf der Flasche steht in mehreren Sprachen, was im Saft ist.

Apfelsaft muss in Europa 100 % Fruchtgehalt haben, wenn er Saft heißt.

Sonst muss es Fruchtsaftgetränk heißen.

So weiß man, ob der Saft eine sehr gute Qualität hat oder eine weniger gute.



Eine andere Regel der EU ist:

Elektronische Geräte haben mindestens 2 Jahre Garantie.

Vielleicht hat Ihr Handy beim Kauf einen Fehler und geht nach einem Jahr kaputt.

Das Geschäft muss das Handy dann reparieren oder Sie bekommen ein neues Handy.

Der Euro: gemeinsame Währung in der EU

Die meisten Staaten in der EU haben eine gemeinsame Währung: den **Euro**.



Mitgliedstaaten der EU mit der Währung Euro. Diese Staaten sind auf der Karte blau gekennzeichnet.

Der Euro ist eine Währung.

Dies ist das Zeichen für den Euro: €

Die meisten Staaten in der EU haben die Währung Euro.

Wer in diesen Staaten Urlaub macht,
muss kein Geld wechseln.

Wer zum Beispiel in Frankreich Urlaub macht,
kann dort wie in Deutschland mit dem Euro bezahlen.

In einigen Staaten gibt es den Euro nicht.

Wer zum Beispiel nach Schweden reist,
muss dann vorher zur Bank gehen und Euros eintauschen.

Er bekommt dann schwedische Kronen.

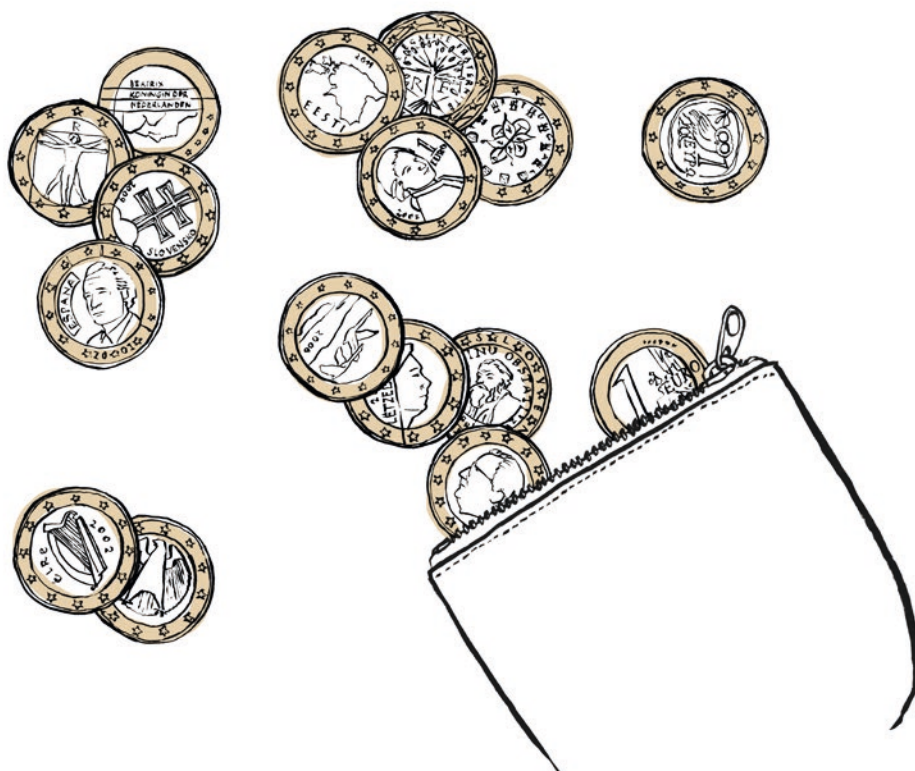
Das ist das Geld, mit dem man in Schweden bezahlt.

Der Euro macht auch den Handel in der EU einfacher.

Ein Beispiel für den Handel in der EU ist:

Eine Firma in Deutschland baut Möbel.

Sie kauft Holz aus Finnland. Sie verkauft die Möbel nach Italien.



Gemeinsame Außenpolitik

Personen können miteinander sprechen und etwas verabreden.
Auch Staaten können miteinander sprechen und etwas verabreden.

Das nennt man **Außenpolitik**.

Dazu sprechen Vertreter und Vertreterinnen der Staaten miteinander,
zum Beispiel die Außenminister und Außenministerinnen.

Jeder Staat in Europa macht Außenpolitik.

Er spricht mit anderen Staaten.

Auch die EU macht Außenpolitik.

In Europa gibt es größere und kleinere Staaten.

Größere Staaten sind zum Beispiel Frankreich oder Deutschland.

Kleinere Staaten sind zum Beispiel Luxemburg oder Irland.

Dort leben viel weniger Menschen als zum Beispiel in Deutschland.

Alle Staaten der EU haben zusammen weniger Menschen
als die USA und China.

Größere und kleinere Staaten in Europa haben sich
zur EU zusammengeschlossen.

So werden sie von den wirklich großen Staaten besser gehört,
zum Beispiel von den USA, China oder Russland.

Dadurch haben EU-Staaten mehr Erfolg bei der Außenpolitik.

Die EU kann zum Beispiel mit China bessere Verträge schließen.

Der Vorteil einer gemeinsamen Außenpolitik ist:

Die EU wird in der Welt besser gehört.

Die EU kann besser durchsetzen, was sie richtig findet.

Die EU kann besser verhindern, was sie falsch findet.

Ein Beispiel für die gemeinsame Außenpolitik
ist die Unterstützung der Ukraine.

Gemeinsame Unterstützung der Ukraine

Die Staaten der Erde haben besondere Regeln.

Diese Regeln heißen Völkerrecht.

Das Völkerrecht soll auch verhindern,
dass Staaten gegeneinander Krieg führen.

Seit 2014 hat Russland das Völkerrecht in der Ukraine nicht beachtet.

Die russische Regierung hat Soldaten auf die Krim geschickt.

Die Krim ist ein Gebiet in der Ukraine.

Russland hat auch Gebiete im Osten der Ukraine angegriffen.

Seit Februar 2022 führt die russische Armee Krieg gegen die ganze Ukraine.

Der russische Präsident Putin hat den Angriff befohlen.

Viele Menschen sterben und Städte werden zerstört.

Viele Fachleute sagen:

- Vor dem Krieg gab es in der Ukraine immer mehr Demokratie.
In Russland gab es aber immer weniger Demokratie.
Putin versteht die Demokratie in der Ukraine als Bedrohung.
- Putin will, dass die Ukraine eng mit Russland zusammenarbeitet.
Vielleicht soll die Ukraine sogar ein Teil von Russland werden.
- Die Ukraine möchte nicht enger mit Russland zusammenarbeiten.
Sie möchte weiter ein unabhängiger und demokratischer Staat sein.
Die Ukraine möchte zur EU und zur NATO gehören.

Demokratie und Frieden sind wichtig in der EU und der NATO.

In der NATO arbeiten über 30 Staaten zusammen.

Die Staaten helfen sich, wenn ein Staat mit Waffen angegriffen wird.

Zur NATO gehören zum Beispiel Deutschland, Frankreich und die USA.

Russland hat das Völkerrecht gebrochen und hat die Ukraine angegriffen. Für die EU und die NATO ist es deshalb wichtig, die Ukraine zu unterstützen.

Wenn der russische Angriff auf die Ukraine Erfolg hat, kann das passieren:

- Russland greift auch andere Länder an.
- Es gibt immer mehr Länder, die ein anderes Land mit Waffen angreifen.

So unterstützt die EU die Ukraine:

- Die EU und die NATO haben Sanktionen gegen Russland beschlossen. Sanktionen sind eine Art Strafe.
Zum Beispiel dürfen bestimmte Ersatzteile für Flugzeuge und Schiffe nicht mehr nach Russland verkauft werden.
Viele Länder kaufen auch kein Öl mehr in Russland.
So hat Russland weniger Geld für den Krieg.
- Die EU hilft auch beim Bau von Notunterkünften, wenn Wohnungen durch russische Bomben zerstört sind.



Russische Bomben zerstören Wohnhäuser in der Ukraine.

- Die EU liefert Nahrungsmittel in die Ukraine.
Das hilft den Menschen zu überleben.
- Die EU hilft bei der Gesundheitsversorgung.
- Staaten der EU liefern auch Waffen,
mit denen zum Beispiel russische Panzer zerstört werden können.
- Die EU nimmt Geflüchtete aus der Ukraine auf.
Die Geflüchteten können, ohne Geld zu zahlen,
zu Ärzten und Ärztinnen gehen.
Wenn sie keine Wohnung finden, bekommen sie eine Unterkunft.
- Die Kinder und Jugendlichen können in die Schule gehen.

Die Hilfen für die Ukraine sind ein Beispiel für die Außenpolitik der EU.
Gemeinsam können die Staaten mehr erreichen.

Die EU und andere Staaten wollen,
dass die russischen Soldaten die Ukraine verlassen.



Ursula von der Leyen sichert dem ukrainischen Präsidenten weitere Unterstützung der EU zu.

3. Wer entscheidet in der EU?

In der EU gibt es zwei Räte mit einem sehr ähnlichen Namen: den **Europäischen Rat** und den **Rat der Europäischen Union**

Der Europäische Rat

Im **Europäischen Rat** arbeiten die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der EU-Staaten zusammen.

Zum Beispiel der Bundeskanzler von Deutschland und der Präsident von Frankreich.

Beide sind mit den anderen Staats- und Regierungschefs und -chefinnen im Europäischen Rat.

Dies sind die Aufgaben des Europäischen Rates:

- Er entscheidet über die Ziele in der EU.
- Er entscheidet, welche Themen in der EU wichtig sind.
- Er wählt den Präsidenten oder die Präsidentin des Europäischen Rates.



Der französische Präsident Emmanuel Macron und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz treffen sich im Europäischen Rat.

Der Rat der Europäischen Union



Im Rat der Europäischen Union treffen sich Minister und Ministerinnen aus den EU-Staaten zu einem bestimmten Thema.

- Zum Beispiel die Innenminister und Innenministerinnen. Sie sind für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit in einem Land verantwortlich. Sie suchen zum Beispiel Lösungen für den Kampf gegen Verbrechen.
- Oder es treffen sich die Minister und Ministerinnen für Landwirtschaft.
- Oder es treffen sich die Minister und Ministerinnen für Umwelt.

Im Rat der Europäischen Union treffen sich also immer Minister und Ministerinnen.

Deshalb heißt der Rat auch Ministerrat.

Der Ministerrat trifft sich in Brüssel.

Brüssel ist die Hauptstadt von Belgien.

In Brüssel sind die meisten Einrichtungen der EU.

Der Ministerrat entscheidet über die Gesetze der EU.

Die Gesetze in der EU heißen Richtlinien und Verordnungen.

Der Ministerrat entscheidet auch darüber mit, wofür die EU Geld ausgibt.

Im Europäischen Rat und im Ministerrat sind die Regierungen der EU-Staaten:

- Im Europäischen Rat treffen sich die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen.
- Im Ministerrat treffen sich Minister und Ministerinnen der EU-Staaten.

Das Europäische Parlament



Auch die Bürger und Bürgerinnen sollen in der EU eine Stimme haben.

Ihre Stimme ist wichtig in der EU.

Die Bürger und Bürgerinnen in Europa können nicht alle miteinander beraten und entscheiden.

Darum wählen sie Abgeordnete in das Europäische Parlament.

Die Wahl ist alle 5 Jahre.

Alle Abgeordneten zusammen sind das Europäische Parlament.

Die Abgeordneten entscheiden für die Bürger und Bürgerinnen im Europäischen Parlament.

Das Europäische Parlament ist die Vertretung der Bürger und Bürgerinnen Europas.

Das Europäische Parlament trifft sich in Straßburg und Brüssel.

Straßburg ist eine Stadt in Frankreich.

Brüssel ist die Hauptstadt von Belgien.

Aus jedem Staat gibt es Abgeordnete.

Kleinere Staaten senden weniger Abgeordnete.

Größere Staaten senden mehr Abgeordnete.

Aus Deutschland kommen 96 Abgeordnete.

Deutschland schickt die meisten Abgeordneten in das Europäische Parlament.

Deutschland ist der größte Staat der EU.

Aus allen Staaten zusammen sind über 700 Abgeordnete im Europäischen Parlament.



Die Abgeordneten stimmen im EU-Parlament ab.

Das macht das Europäische Parlament:

- Es entscheidet mit dem Ministerrat über Gesetze in der EU.
- Es muss zustimmen, wenn die EU einen Vertrag mit einem Staat schließen will. Zum Beispiel mit den USA.
- Es entscheidet mit dem Ministerrat über das Geld in der EU.
- Es prüft, ob sich die EU beim Geldausgeben an die Regeln hält.
- Es kontrolliert die Arbeit der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission



Die Europäische Kommission achtet darauf, dass sich alle Staaten an die Regeln der EU halten. Deshalb nennt man die **Europäische Kommission** auch die „Hüterin der Verträge“.

Die Europäische Kommission macht auch Vorschläge für neue Gesetze in Europa.

Sie soll die Staaten der EU dazu antreiben, Probleme gemeinsam zu lösen.

Deswegen sagt man auch:

Die Kommission ist der „Motor“ der EU.

Denn das ist auch Aufgabe der **Europäischen Kommission**: die Staaten der EU zu bewegen, Probleme gemeinsam zu lösen. Ein Motor treibt auch etwas an. Zum Beispiel ein Fahrzeug.



Das Gebäude der Europäische Kommission in Brüssel

Alle 5 Jahre ist die Wahl zum Europäischen Parlament.
Nach diesen Wahlen wird ein Präsident oder eine Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt.
2019 wurde Ursula von der Leyen zur Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt.
Ursula von der Leyen kommt aus Deutschland.



Ursula von der Leyen

Die Mitglieder der Europäischen Kommission heißen Kommissare und Kommissarinnen.
Aus jedem EU-Staat kommt ein Kommissar oder eine Kommissarin.
Die Kommissare und Kommissarinnen und der Präsident oder die Präsidentin der Europäischen Kommission arbeiten nicht für einen einzelnen EU-Staat.
Sie arbeiten für die gesamte EU.

Das Ziel der Europäischen Kommission ist,

- dass die EU eine starke Gemeinschaft ist und
- dass die EU für die Bürger und Bürgerinnen Vorteile bringt.

So arbeiten die Einrichtungen der EU zusammen

Smartphones, Tablets, Kopfhörer und andere Geräte müssen regelmäßig geladen werden.

Sie haben aber oft unterschiedliche Stecker an den Ladekabeln.

So passen die Kabel nur zu einem Gerät. Das macht viel Müll.

Wenn zum Beispiel Menschen ein neues Smartphone haben, müssen sie sich ein neues Ladegerät kaufen. Das kostet Geld.

Darüber wurde in vielen Staaten der EU gesprochen.

Schon seit 2009 wird in der EU über ein einheitliches Ladegerät diskutiert.

Zuerst gab es eine freiwillige Vereinbarung.

Nicht alle Hersteller haben sich an diese Vereinbarung gehalten.



Wenn es viele unterschiedliche Ladekabel gibt, kostet das Geld und macht viel Müll.

Die Abgeordneten im Europäischen Parlament wollten das ändern.
Sie forderten die Europäische Kommission auf,
Regeln für ein einheitliches Ladegerät vorzuschlagen.
Auch der Ministerrat kann die Kommission auffordern,
Vorschläge für neue Regeln zu machen.

2021 machte die Europäische Kommission einen Vorschlag.
Der Ministerrat und das Europäische Parlament haben dann darüber beraten.
2022 stimmten das Europäische Parlament und der Ministerrat über diesen
Vorschlag ab.

Ab 2024 müssen Smartphones, Tablets und viele andere Geräte
ein einheitliches Ladegerät haben.
Die EU-Staaten müssen diese Regeln nun umsetzen.
Die EU-Kommission prüft dann, ob die EU-Staaten das auch tun.

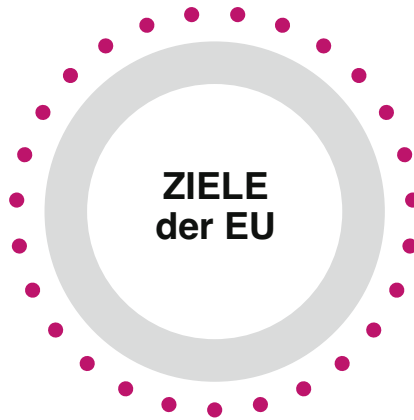


Seit 2024 ist das USB-C-Kabel einheitliches Ladekabel in der EU.

Überblick: die wichtigsten Einrichtungen der EU

Europäischer Rat

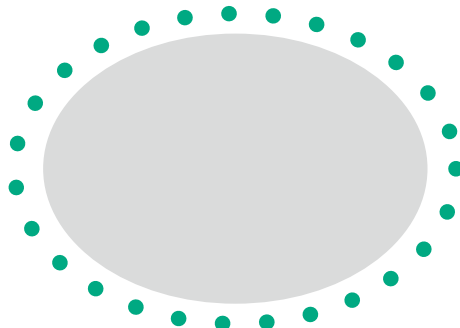
Treffen der Staats- und Regierungschefs und -chefinnen.
Der Europäische Rat entscheidet über die Ziele der EU.



Gesetzesvorschläge

Ministerrat

Vertretung der Regierungen der EU-Staaten.
Der Ministerrat entscheidet mit dem Europäischen Parlament über die Gesetze der EU.



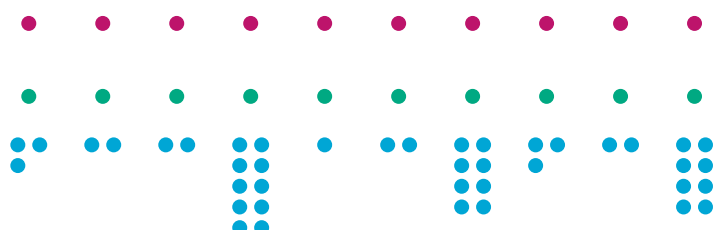
Aus den EU-Staaten kommen ...

Staats- und Regierungschefs und -chefinnen

Minister und Ministerinnen

Abgeordnete

Die Anzahl der Abgeordneten hängt von der Größe der Staaten ab.



Kommission der Europäischen Union

Sie achtet darauf, dass sich alle Staaten an die Regeln der EU halten. Und sie schlägt neue Gesetze vor.

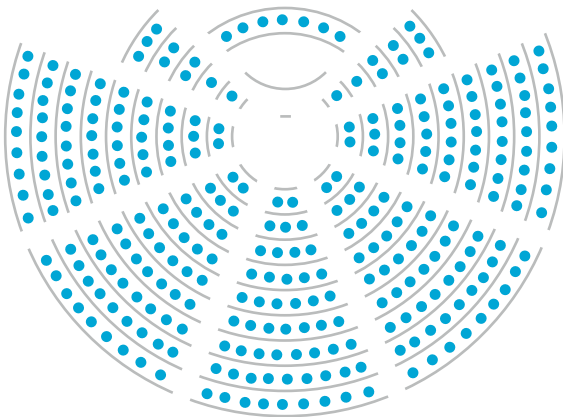


Gesetzesvorschläge



Europäisches Parlament

Vertretung der Bürger und Bürgerinnen Europas.
Es entscheidet mit dem Ministerrat über die Gesetze in der EU.



Europäische Zentralbank (EZB)

Die EZB ist die unabhängige gemeinsame Bank für die Euro-Länder. Sie verwaltet den Euro. Sie entscheidet zum Beispiel, wie viel Geld gedruckt werden darf.



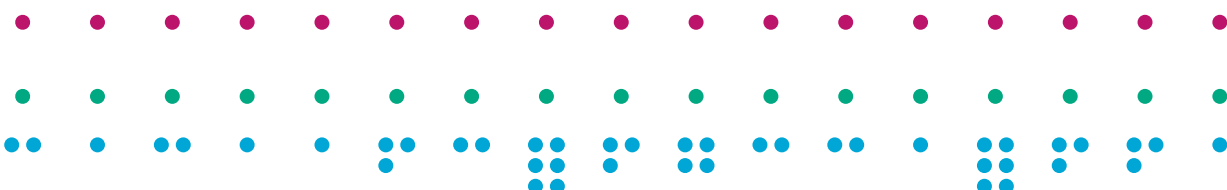
Europäischer Rechnungshof

Der Europäische Rechnungshof prüft die Einnahmen und Ausgaben der EU.



Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof ist das oberste Gericht der EU.



➔ So lesen Sie dieses Heft

Inhalt

-
- | | |
|---|---------|
| 1. Im Inhaltsverzeichnis sehen Sie das Thema in einem Kapitel. | Seite 1 |
| 2. Welches Thema interessiert Sie?
Sie können die Kapitel einzeln lesen. | Seite 2 |
-

Blaue Kästen

In den blauen Kästen erklären wir zusätzliche Themen.
Sie verstehen den Text auch, wenn Sie die Kästen nicht lesen.

→ **Blauer Kasten**

Hier werden zusätzliche Themen erklärt.
Sie verstehen den Text auch, wenn Sie die Kästen nicht lesen.

Fett gedruckte und gelb markierte Schrift

Fett gedruckt sind die Wörter, die wir erklären.

Gelb markiert sind wichtige Sätze.

Wer hat das Heft gemacht?

Herausgeberin

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn
edu@bpb.de

Redaktion

Wolfram Hilpert

Text

Dorothee Meyer
(Text der 2. Auflage: Dorothee Meyer, Katrin Ehrenberg,
Liza Holetzek)

Textprüfung

Martin Georgi, Bianca Sauer, Melanie Struß,
Ulrich Ueberham aus dem Büro für Leichte Sprache
der Hannoverschen Werkstätten
www.hw-hannover.de/fuer-unternehmen/buero-fuer-leichte-sprache

Wissenschaftliches Gutachten

Monika Oberle

Illustrationen und Layout

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Fotonachweise

S. 1/48: Rainer Unkel/Süddeutsche Zeitung Photo //
S. 2: UniversalimagesGroup/Kontributor //
S. 7: ullstein bild - dpa // S. 11: ullstein bild - ullstein bild
// S. 13: ullstein bild - Christian Ditsch // S. 34: picture
alliance / AA | State Emergency Service of Ukraine/
Handout // S.35: picture alliance / REUTERS | THOMAS
PETER // S. 36: ddp/abaca press // S. 39: ullstein bild
- CARO/Thomas Ruffer // S.40: ullstein bild - image-

BROKER/Otto Stadler // S. 41: picture alliance / ASSO-
CIATED PRESS | Geert Vanden Wijngaert//
S.42: picture alliance / Ulrich Baumgarten | Ulrich
Baumgarten// S.43: picture alliance / NurPhoto | STR

Druck

Bonifatius GmbH, Druck-Buch-Verlag,
Karl-Schurz-Straße 26, 33042 Paderborn

Lizenz

Dieses Werk steht unter der Lizenz **CC BY-SA 4.0**.
Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die be-
arbeitete Fassung für Lehrzwecke nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten
Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels,
der Autoren und der bpb als Herausgeberin, ein Hin-
weis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe
unter derselben Lizenz. **Das Recht auf Weitergabe
gilt nicht für Inhalte, die auf dieser Seite (Foto-
nachweis) oder an anderer Stelle des Werkes mit
Copyright-Angabe versehen sind.**

Die Attribution soll wie folgt lauten: *einfach* POLITIK:
Europa. Autorin: Dorothee Meyer. Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung / bpb (2024),
Lizenz: CC BY-SA 4.0

Bestellnummer: 9711
ISBN: 978-3-8389-7258-9

***einfach* POLITIK:**
Europa. Ein Heft über die Europäische Union 2024
3. Auflage, grundlegend überarbeitet, Februar 2024

einfach POLITIK bestellen, lesen und hören

Bestellen: „Europa wählt“ und „Europa“ sowie alle weiteren **Hefte** der Reihe ***einfach* POLITIK**
können hier bestellt werden: www.bpb.de/shop/einfach-politik

Lesen und Hören: „Europa wählt“ und „Europa“ sowie alle weiteren Dossiers, Artikel,
Hörbücher sowie das Lexikon der Reihe ***einfach* POLITIK** können Sie hier lesen und hören:
www.bpb.de/einfachpolitik

Ihre Meinung zu *einfach* POLITIK:

Nehmen Sie auf www.bpb.de/shop/einfach-politik an der Online-Umfrage
zu *einfach* POLITIK teil oder schreiben Sie an edu@bpb.de.

Europa – ein Heft über die Europäische Union

Die Europäische Union beeinflusst Ihr Leben in vielen Bereichen:
beim Telefonieren, beim Reisen und beim Bezahlen.

Die Europäische Union, kurz EU genannt, hat viel erreicht.
Auch wenn es in der EU Probleme gibt.

Die EU hat einiges möglich gemacht:

Wer zum Beispiel in einem anderen Land der EU mit seinem Handy telefoniert,
der braucht nicht mehr zu bezahlen als in seinem Land.

Und EU-Bürgerinnen und EU-Bürger dürfen überall in der EU
arbeiten und wohnen.

Aber wer ist die EU überhaupt?

Warum ist sie für unseren Alltag wichtig?

Wer entscheidet in der EU?

Antworten gibt dieses Heft.

